



Vierteljährlicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Inserationsgebühren für den Raum einer sechszeiligen Zeile in Zeitungsdr. 2 Sgr.

Expedition: Serranstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 554. Mittag-Ausgabe.

Sechshundertfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Mittwoch, den 26. November 1873.

Deutschland.

Berlin, 25. Nov. In dem Befinden Sr. Majestät des Kaisers und Königs nimmt die Besserung stetig zu. (Reichsanz.)

O. C. Landtags-Verhandlungen.

8. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 25. November).

12 Uhr. Am Ministertisch die Geh. Räte Schumann und Rhode. Die noch rückständigen Sachcommissionen sind heute gewählt und haben sich constituirt:

I. Für das Justizwesen: v. Roenne (Vorsitzender), Langerhans (Stellvertreter), Dulheuer (Schriftführer), Maib (Stellvertreter), Köhler, Wittroth, Drosche, Doering, Schlüter, Menten, v. Cuny, Stats, v. Bismarck (Platow), Thilo. — Zur Verstärkung der Commission für den Vorbehalt bezüglich der Einführung der Kreisordnung in den Grafschaften Stolberg und Wertheimerode sind gewählt Strume, Ebert, Vertog, Wachler (Dels), Richter (Sangerhausen), Windthorst (Meppen), Clausen.

II. Für das Gemeinwesen: Delius, Fritsch, Witt, Lutteroth, Bong-Schmidt, Mehlführer, Zelle, Goetting, Schlieper, Scholz (Reisse), Gajewski, v. Leyham, Mayer (Marburg), Stuchse.

III. Für das Unterrichts- und Erziehungs- und Schulwesen: Lachow, Paur, Wallisch, Peters, Witte v. Diederichs, Runge, Kreh, Kiesel, Rath, Brühl, Bach, v. Behr (Behrenhoff), v. Bethusy-Buc. (Da bereits sehr zahlreiche Petitionen für diese Commission vorliegen, so wird dieselbe um 7 Mitglieder nachträglich verstärkt werden.)

IV. Für die Agrarverhältnisse: v. Schorlemer-Alst, Piechel (Dehlitz), Bernhardt, Lur, Vogeler, Kummert, Knapp, Neumann, Feddersen, Niederbach, Frenger, Thomsen, v. Roy, v. d. Red.

Ein bei den Wahlen kürzlich vorgefallenes Versehen ist dahin berichtigt worden, daß Abg. v. d. Goltz als Mitglied der Budgetcommission und Abg. Humbt v. Hafften als Mitglied der Commission für die Geschäftsordnung gewählt worden ist.

Der bereits angekündigte Antrag des Abg. Schmidt (Stettin), der von der Staatsregierung eine regelmäßige Auskunft über das Schicksal der in der vorangegangenen Session genehmigten Anträge und Resolutionen des Hauses zu erwirken bezieht, ist bei dem Präsidium eingegangen; desgleichen eine Interpellation des Abg. Virchow, der eine Uebersicht der Einnahme und Ausgaben sämtlicher Provinzialverbände verlangt.

Sodann wird ein sehr umfangreiches Schreiben der Abg. Krüger und Ahmann verlesen, in welchem sie als Vertreter Nordschleswigs, dem durch Art. V. des Prager Friedens eine besondere politische Stellung staatsrechtlich gewährt sei, erklären, sie hätten das ihnen durch die jüngste Wahl ertheilte Mandat angenommen in der Voraussetzung, daß das neu gewählte Haus eine von dessen früheren Beschlüssen freie und unabhängige Anschauung in Betreff ihrer Stellung im Hause gelten lassen und die Eidesfrage in Bezug auf ihr Mandat nicht, wie bisher geschehen, als eine von der Commission für die Geschäftsordnung zu entscheidende Disciplinargelegenheit ansehen werde. Die tractatmäßige Stellung Nordschleswigs zum preussischen Staate sei eine solche, daß sie den gewählten Vertretern dieses Landes theils eine Eidesleistung ohne Vorbehalt unmöglich mache; daß Haus möge ihnen daher den Eintritt möglich machen.

Das Schreiben muß nach seiner Form der Geschäftsordnung gemäß als Petition behandelt und der Petitions-Commission überwiesen werden. Die Sache selbst wird der Präsident bei der Vereidigung der neu eingetretenen Mitglieder zum Austrag bringen.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der Antrag des Abg. Schent: Das Haus wolle beschließen: 1) Auf Grund des Art. 84 Abs. 4 der Verfassung verlangt das Haus der Abgeordneten, daß das gegen den Abgeordneten Freiherrn Felix von Loë beim königlichen Landgericht zu Saarbrücken anhängige Strafverfahren, in welchem auf den 29. laufenden Monats Termin zur öffentlichen Verhandlung angesetzt, für die Dauer der gegenwärtigen Sitzungsperiode aufgeschoben werde; 2) das Präsidium des Abgeordnetenhauses ist beauftragt, diesen Beschluß der königlichen Staatsregierung mitzutheilen.

Abg. Schent: Die Befugnis zu dem von mir gestellten Antrage ist jeder der beiden Kammern durch Art. 84 der Verfassung klar und ausdrücklich zuertheilt. Obgleich klar und ausdrücklich ist die Anwendung auf den vorliegenden Fall. Gegen den Abg. v. Loë ist wegen einer Rede, die er am 29. Juni d. J. in einer öffentlichen Versammlung gehalten, eine Untersuchung beim königlichen Landgericht zu Saarbrücken eingeleitet, weil ein politisches Vergehen, in specie eine Verletzung der § 110 und 131 des Strafgesetzbuches vorliege. Die Voruntersuchung ist vollständig abgeschlossen und bereits ein Termin zur Schlussverhandlung auf den 29. d. M. angesetzt. Es liegt also thatsächlich die in Artikel 84 der Verfassung angegebene Collision zwischen der Pflicht dieser Verladung Folge zu leisten und den durch die Wahl übernommenen Mandatspflichten des Angeklagten vor. Die Praxis des Hauses in ähnlichen Fällen liegt klar vor: seit dem 15. Mai 1865 hat es 14 Mal im Sinne meines Antrages entschieden.

Es entscheidet sich heute in demselben Sinne und genehmigt den Antrag Schent einstimmig.

Es folgt die erste Berathung des Gesetzentwurfs wegen Abänderung einiger Bestimmungen des Gesetzes vom 11. Februar 1870, betreffend die Ausführung der anderweitigen Regelung der Grundsteuer in den Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover und Hessen-Nassau, sowie im Kreise Meisenheim.

Abg. Haenel: Die Einhaltung des gesetzlich festgestellten Termins für die Einführung der Grundsteuer in den genannten Provinzen hat sich als technisch unmöglich herausgestellt und der Gesetzentwurf schlägt statt des 1. Januar 1875 den 1. Januar 1876 vor; aber leider wird für Schleswig-Holstein eine Eigenthümlichkeit constituirt, zu deren Annahme wir nur durch die Macht der Verhältnisse gezwungen werden können. Es kann nämlich für Schleswig-Holstein die parzellenweise Vermessung nicht bis zum 1. Januar 1876 fertig gestellt und es soll deshalb die Einführung der Grundsteuer auf einen noch späteren, unbestimmt gelassenen Termin verschoben werden. Als Ersatz dafür soll vorläufig eine gemarkungswise Einschätzung stattfinden; nach mir zugegangenen Briefen hat diese aber sehr große Schwierigkeiten, da es bei der eigenthümlichen Configuration des Landes, bei der Menge von Wäldern und Weiden nicht möglich ist, die Bonitätsklassen ohne Rücksicht auf die Eigenthumsgrenzen festzustellen.

Außerdem bietet die gemarkungswise Einschätzung nicht die Garantie für einen gleichen Ausfall wie in den anderen Provinzen, welche durch die neue Grundsteuer einen überwiegenden Vortheil haben. Wir wünschen aber für das Uebergangsstadium möglichst sachgemäße und erträgliche Anstufungsmittel angewendet zu sehen und deshalb wünschen wir einen bestimmten Termin für die Einführung der Grundsteuer festzusetzen, etwa den 1. Januar 1878, damit die Regierung genöthigt ist, die Arbeiten bis dahin zu beenden, oder wenigstens die Gründe für die nochmalige Verzögerung anzugeben. Denn es handelt sich dabei nicht bloß um die Grundsteuer allein, sondern die Communalsteuern werden zum großen Theil nach den Grundsteuern bemessen, es handelt sich um die Feststellung der Grund- und Hypothekendarlehen, auf welchen die Creditverhältnisse wesentlich mit beruhen. Es soll nun aber mit der Erhebung der Grundsteuer schon am 1. Januar 1876 der Anfang gemacht werden, so weit die Vermessung des Landes vorgekommen ist. Wenn diese Vermessung ganze Landescapulare, geschlossene Kreise oder Kirchspiele oder auch nur Gemeinden umfaßt, dann könnte man über die Frage der Doppelvermessung vielleicht noch im Zweifel sein. Wir können aber behaupten, daß die parzellenweise Vermessung die Kirchspiele und Gemeinden durchschneiden wird.

Die Folge davon ist, daß ein Grundbesitzer auf der einen Seite nach der neuen, einer auf der anderen Seite nach der alten Vermessung eingeschätzt wird; daraus entsteht eine Unzahl von Klagen und Reclamationen, und die Repartition der Kommunalsteuern würde nach diesem doppelten Maßstabe erfolgen müssen, was sich praktisch unmöglich durchführen läßt. Wir werden deshalb ein Amendement einbringen, welches den 1. Januar 1878 als Einführungstermin festsetzt und außerdem bestimmt, daß die Einschätzung bis dahin nach der gemarkungswise Vermessung stattfinden soll. Sollte das Resultat dieser Einschätzung das Contingent, welches die Provinz Schleswig-Holstein nach dem Gesetze von 1870 zu entrichten hat, übersteigen, so werden wir

beantragen, daß dieses Surplus nicht in die Staatskasse fließt, sondern dem Provinzialfonds zu Gute kommt. Alle diese Einwände betreffen rein interne Angelegenheiten unserer Provinz und wir rechnen deshalb auf Ihre Zustimmung.

Geh. Rath Schumann: Niemand bedauert es mehr als die königliche Staatsregierung, daß sie in die Lage gekehrt ist, diese Vorlage einbringen zu müssen. Bei der Berathung des Gesetzes von 1870 glaubte man die technischen Kräfte, welche zur Vermessung erforderlich sind, leicht finden zu können; aber alle Bemühungen der Regierung sind vergeblich gewesen. Es ist allerdings bedauerlich, daß nur eine Provinz von diesem Uebelstande besonders hart betroffen wird und ich kann deshalb nur meinen Dank aussprechen, daß die Abgeordneten jener Provinz bereit sind, sich dem Verfahren zu unterwerfen und dadurch die Regierung zu unterstützen. Die Festsetzung eines festen Termins ist von der Regierung nicht proponirt, weil sie davon ausging, die Einführung möglichst schnell eintreten zu lassen, ohne durch einen bestimmten Termin gebunden zu sein. Wenn die Vertreter Schleswig-Holsteins der Meinung sind, daß durch eine Erhebung nach der alten und nach der neuen Weise neben einander die Provinz geschädigt wird, so wird die Regierung gegen den von ihnen angebotenen Vorschlag nichts einzuwenden haben, wenn er von diesem hohen Hause angenommen wird. Was die Zurückgabe eines etwaigen Surplus an den Provinzialfonds betrifft, so wird dieser Antrag ebenfalls keinen Widerspruch seitens der Regierung zu erwarten haben; sie wird sogar keinen Anspruch erheben, daß ein etwaiges Minus von der Provinz nachträglich erhoben werde. Einen bestimmten Termin hat die Regierung deshalb nicht festgesetzt, weil bei der Länge der Zeit, also vielleicht bis zum 1. Januar 1876 Ereignisse eintreten könnten, welche die Vermessungsarbeiten nicht zu Stande kommen lassen, so daß eine Verlängerung nachgesucht werden müßte.

Abg. v. Benda: Ich kann mich nur freuen, daß die Vertreter Schleswig-Holsteins sich entschlossen haben, der Regierungsvorlage zuzustimmen. Ob die angekündigten Amendements im Interesse der Provinz liegen, scheint noch zweifelhaft, aber die Vertreter der anderen Provinzen werden ihnen wohl nicht widersprechen. Daß ein etwaiges Surplus dem Provinzialfonds zugewiesen werde, halte ich für vollständig gerechtfertigt. Die Festsetzung eines Termins halte ich aber nicht für durchaus notwendig, weil ja die Regierung selbst das größte Interesse an der schleunigen Vollendung der Vermessung hat und man ihrer Discretion dieselbe sehr wohl überlassen kann.

Abg. Petri: Ich will nur constatiren, daß ein etwaiges Minus in der Provinz Schleswig-Holstein nicht auf die Provinzen Hannover und Hessen-Nassau übertragen werden darf.

Geh. Rath Schumann: Ich will nur bemerken, daß eine solche Eventualität vollständig ausgeschlossen ist, weil jede Provinz nur ein fest bestimmtes Contingent an Grundsteuer zu ergeben hat.

Hiermit schließt die Discussion; die Verweisung des Gesetzesentwurfs an eine Commission wird abgelehnt.

Das Haus geht nunmehr zum dritten Gegenstand der Tagesordnung über: Zweite Berathung des Gesetzentwurfs wegen Erhöhung der im § 15 des Gesetzes vom 1. Mai 1851, betreffend die Einführung einer Klassen- und Classificirten Einkommensteuer vorgeschriebenen Gebühren.

§ 1 dieses Gesetzentwurfs lautet: An Stelle des im § 15 des Gesetzes vom 1. Mai 1851, betr. die Einführung einer Klassen- und Classificirten Einkommensteuer vorgeschriebenen Gebührensatzes von vier Procent tritt vom 1. Januar 1874 ab der Satz von fünf Procent der eingegebenen Klassensteuer. Die zur örtlichen Erhebung der Klassensteuer nicht verpflichteten Gemeinden erhalten von demselben Zeitpunkt ab zur Befristung der Nebenkosten der Veranlagung zwei Procent der eingegebenen Steuer.

Hierzu liegt das Amendement des Abg. Ricker vor im Alinea 1 an Stelle von 5 zu setzen 6 Proc.; dgl. im Alinea 2 an Stelle von 2 zu setzen 3 Proc.

Abg. Jacobson befürwortet diesen Antrag, indem er mehrere Beispiele aus den Kreisen Guben und Sorau anführt, nach welchen die Gemeinden bei der Erhebung des Doppelte und Dreifache der ihnen gtwährten Entschädigung bar zu verausgaben hätten.

Abg. Knebel befürwortet den Antrag, weil damit endlich einmal einer Unzulänglichkeit abgeholfen würde, die sich bei der Veranlagung in den meisten Provinzen herausgestellt hätte. Früher wäre nur 1 Proc. bewilligt worden, wenn jetzt nach der Steigerung aller Preise nur 2 Proc. dafür bewilligt werden, so sei der Uebelstand der Arthe gelieben. Außerdem hat sich die Arbeit verdoppelt, weil neben der Steuerrolle noch ein Einkommensnachweis aufgestellt werden müßte.

Geh. Finanzrath Rhode: Bereits bei der ersten Berathung habe ich auf die Gründe hingewiesen, aus welchen die Staatsregierung nicht glaubt, auf eine Erhöhung eingehen zu können. Die Ermittlungen scheinen als unzulänglich zu ergeben zu haben, daß die bestehende Gebühr in einem großen Theil der Gemeinden vollständig ausreicht, die Kosten der Veranlagung und Erhebung zu decken. Wenn bemerkt wurde, daß die Kosten sich gesteigert hätten, so möchte ich hervorheben, daß auch die Steuersumme gestiegen ist. Was ferner noch die doppelte Arbeit betrifft, so besteht die darin, daß die Steuerzahler in eine Liste nochmals eingetragen werden und ihr Einkommen hinzugefügt wird, welches sonst in die Steuerrolle mit aufgenommen wurde. Es würde durchaus unrichtig sein, wenn der Staat etwa eine Aufbesserung der Gehälter der Gemeindebeamten vornehmen sollte. Es steht außerdem dieser Mehrarbeit eine Verminderung gegenüber, dadurch, daß die unteren Schichten, bei denen Abgang und Zugang am häufigsten Correspondenzen u. s. w. notwendig machen, zum großen Theil von der Steuer befreit sind. Die Regierung hat deshalb keinen Grund, über den von ihr vorgeschlagenen Satz hinauszugehen.

Abg. Ricker bedauert, daß den Mitgliedern des Hauses kein statistisches Material in dieser Sache zugegangen sei. Die Beispiele, die ihm vorliegen, beweisen, daß die vorgeschlagenen Gebühr nicht ausreichend sei. Wenn schon 1820 dafür 4 Procent Entschädigung gezahlt wurden, so wird man nicht fehlgreifen, wenn man heute 6 Procent dafür ansetzt, besonders in einem Moment, wo der Staat in Geldern schwimmt und es den Communen an Geld gebricht.

Geh. Finanzrath Rhode: Die Regierung hat die Vorlage von statistischen Materialien nicht für notwendig gehalten; wenn der Vorredner das selbst einsehen wolle, so steht es zu seiner Verfügung und er wird nach dieser Einsicht zu demselben Resultate kommen, zu welchem die Regierung gekommen ist.

Hiermit schließt die Discussion. Der Antrag Ricker wird mit großer Majorität angenommen.

Der Präsident theilt noch mit, daß er die Commissarien für die Gruppen des Staats ernannt habe und die Vertheilung der Listen derselben demnächst erfolgen werde.

Schluß 1½ Uhr. Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr. (Interpellation des Abg. Virchow und Anträge der Abgg. Windthorst, Schröder und Bernards.)

(Berichtigung.) In dem gestrigen Vortrage des Abg. Miquel muß es heißen: „Ich sehe mich nicht selbst auf die Gefahr eines Deficits, notwendige Ausgaben, z. B. für Schulen (nicht „Schulden“) zu bewilligen.“ Ferner ging der Beschluß des Hauses dahin, die Staats des Cultusministeriums und der Eisenbahn-Verwaltung, sowie das gesamte Extraordinarium sämtlicher Staats an die Budgetcommission zu verweisen.

Berlin, 25. Nov. [Amtliches.] Se. Majestät der König haben Allerhöchstdem außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Minister am Großherzoglich badischen Hofe, Wirklichen Geheimen Rath Grafen von Flemming, den Stern der Komthure des königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern verliehen.

Ihre Majestät die Königin haben den Kaufleuten Nicolay und Siegel zu Berlin das Prädikat als Hoflieferanten verliehen. Dem Henry Sisson zu Gooles in Yorkshire, Großbritannien, ist unter dem 20. November 1873 ein Patent auf eine Pforten-Vorrichtung zum Stopfen schadhafter Kesselrohre, auf drei Jahre, dem Ingenieur Carl Pieper zu Dresden ist unter dem 22. November 1873 ein Patent auf einen durch Zeichnung und Beschreibung nachgewiesenen Schlitzschuh auf drei Jahre ertheilt worden.

Berlin, 25. Nov. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute den Vortrag des Chefs des Militär-Cabinet, General-

Majors von Albedyll, entgegen und empfingen den General-Feldmarschall und General-Adjutanten Freiherrn von Manteuffel.

Um 2 Uhr machten Ihre kaiserlichen und königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin im königlichen Palais einen Besuch.

[Se. kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] machte gestern Mittags 1 Uhr Sr. Majestät dem Kaiser und König einen Besuch und empfing Nachmittags 3 Uhr Se. Hoheit den Herzog von Sachsen-Meiningen. Abends 7½ Uhr wohnte Höchstselbe mit Ihrer kaiserlichen und königlichen Hoheit der Kronprinzessin der Soiree des kaiserlichen Gesangsvereins in der Singakademie bei. (Reichsanz.)

— Berlin, 25. November. [Sitzung des Bundesraths.]

— Auflösung des Reichstages. — Interpellation. — Die Anträge des Centrums. — Civilehe. — Die Commission.] Der Bundesrath hielt heute Mittag 1 Uhr unter dem Vorsitz des Staatsministers Delbrück eine Plenar-Sitzung, in welcher zunächst eine Anzahl von Präsidialvorlagen eingebracht und an die Ausschüsse verwiesen wurden; und zwar sind dies die an dieser Stelle bereits näher erwähnten Entwürfe, betreffend die Gerichts-Organisation, die gewerbliche Freizügigkeit der Apotheker-Gehülfen innerhalb des Bundesgebietes, die anderweite Festsetzung des Porto's für Vorschubbriefe, des Postvertrages mit Brasilien, die Auswahl von Bankhäusern zur Geschäftsvermittlung für den Reichs-Invalidenfonds. Dann wurden Berichte erstattet über das Geschäfts-Regulativ des Disciplinarhofes, über die Portopflicht bei Correspondenzen zwischen den Behörden im Reichsgebiet und Oesterreich-Ungarn. Dem Ausschussantrage bezüglich der Auslegung des Wahlgesetzes, daß die Wahllisten nicht vor Festsetzung des Wahltermins erscheinen dürfen, wurde zugestimmt. Dem folgte die Erledigung einer Anzahl von Notrügen des Zoll- und Steueraus-

schusses über Verwaltungsangelegenheiten und die Annahme des Vertrages mit Belgien wegen Anerkennung der Actiengesellschaften u. s. w. Ferner beschloß der Bundesrath in Folge Anschließens des Reichskanzlers vom 29. October, seine verfassungsmäßige Zustimmung zur Auflösung des Reichstages zu geben, welche nunmehr nur auf Grund dieser Zustimmung durch Se. Maj. den Kaiser zu erfolgen hat. — Die Angelegenheit, welche die am Mittwoch im Abgeordnetenhaus zur Verlesung kommende Interpellation des Abgeordneten Virchow betrifft, wegen der Einnahmen und Ausgaben der Provinzial-Verbände u. s. w., schwebt bereits seit einer Reihe von Jahren; es war damals im Abgeordnetenhaus der Wunsch geäußert worden, die Obliegenheiten der Communen, Kreis- und Provinzialverbände abzugrenzen und den Umfang dieser Verpflichtungen kennen zu lernen. Die Regierung hat damals die Zusammenstellung zugesagt und auch eingeleitet, doch sind die Erhebungen der Kreis- und Communal-Behörden immer neuen Umarbeitungen unterworfen worden. Seit etwa drei Monaten dürfen die allerdings eingeforderten Berichte der Communen u. s. w. dem Minister des Innern vorliegen; es wird sich also für jetzt nur um eine Auskunft über den Stand der Arbeiten handeln können. — Ueber die Stellung der Fractionen des Abgeordnetenhauses zu dem Antrage Windthorst (Meppen) bezüglich der Einführung des Reichswahlgesetzes in Preußen ist bis zur Stunde ein fester Beschluß noch nicht gefaßt, die Absicht, den Antrag durch einfache Tagesordnung zu erledigen, ist wieder schwankend geworden, man wird möglicher Weise eine Vertagung der zweiten Lesung auf einige (es heißt 6) Monate beantragen, was einer Verwerfung gleich käme, oder Ueberweisung an eine Commission vorschlagen. Die endgültigen Fraktionsbeschlüsse sollen heute Abend oder morgen vor dem Plenum stattfinden.

Die Frei- und Neu-Conservativen werden mit den National-liberalen stimmen, und aus diesen drei Gruppen wird sich jedenfalls die Majorität zusammensetzen. Der zweite Centrums-Antrag auf Abschaffung des Kalender- und Zeitungs-Stempels wird auf Zustimmung der Majorität zu zählen haben. — Die noch restirenden Arbeiten zum Abschluß der Civilehe-Vorlage verzögern sich auf's Neue; es hängt Alles davon ab, wie weit Se. Maj. der Kaiser sich größeren Arbeiten und Vorträgen zuwenden kann; hiermit steht auch die auf's Neue verzögerte Reise des Fürsten Bismarck nach Berlin im Zusammenhang. Für jetzt bestätigt sich eben nur, daß das Staatsministerium den Entwurf fertig gestellt hat. — Die heute im Abgeordnetenhaus beschlossene Verstärkung der Unterrichts-Commission wird ein gleichmäßiges Verfahren auch bei den übrigen Sachcommissionen zur Folge haben. Die Veranlassung ist in dem Wunsche vieler neuer Mitglieder zu suchen, in den Commissionen Beschäftigung zu finden. Abgesehen von den Petitionen und dem Budget liegt indeffen für den Augenblick wenig oder gar kein Material für die Commissionen vor. Ob und in welcher Weise der Bericht der Untersuchungscommission über das Eisenbahn-Concessionswesen daß Abgeordnetenhaus beschäftigen wird, ist im Augenblick noch Gegenstand der Berathung des Gesamt-Vorstandes des Hauses.

[Die Wahl des Stadtschulraths.] Aus der großen Anzahl von Bewerbern um die Stelle eines Stadtschulraths hat die von der Stadtverordneten-Versammlung zur Vorbereitung niedergesetzte Commission fünf für die engere Wahl ausgesucht. Zu diesen gehört in erster Reihe der Rector Dr. Bach aus Breslau, für dessen Wahl sich Oberbürgermeister Hohrecht sehr interessirt. Wie der „Sp. 3.“ mitgetheilt wird, soll sämtlichen Bewerbern seitens der vorbereitenden Commission die Frage vorgelegt worden sein, ob sie eintretenden Falles für confessionelle oder confessionslose Schulen eintreten würden, und es ist von vornherein nur auf diejenigen Rücksicht genommen worden, die sich für das Letztere ausgesprochen haben.

[Das preussische Bahnnetz.] Nach den angestellten Ermittlungen sind für das vorhandene preussische Bahnnetz vom 1. Januar bis zum 1. October c. angeliefert: 563 Locomotiven, 801 Personenwagen und 12,411 Güterwagen; es sollen ferner bis zum Jahreschluß noch geliefert werden: 452 Locomotiven, 684 Personenwagen und 7,416 Güterwagen; für das Jahr 1874 und weiter sind bereits bestellt: 953 Locomotiven, 820 Personenwagen und 8,881 Güterwagen. Die Summe dieser drei Posten ergibt: 1,968 Locomotiven, 2,305 Personenwagen, 28,708 Güterwagen und repräsentirt einen Selbstwerth von 75,955,980 Thaler.

Königsberg i. Pr., 25. Nov. [Bei der heutigen Nachwahl] zum Abgeordnetenhaus ist der der Fortschrittspartei angehörige Redacteur Hoppe in Berlin mit 459 von 499 Stimmen zum dritten Abgeordneten für den Wahlbezirk Königsberg-Fischhausen gewählt worden.

Elberfeld, 24. November. [Zur Reichstagswahl.] Wie aus sicherer Quelle verlautet, hat die hiesige socialdemokratische Partei den Entschluß gefaßt, bei den bevorstehenden Reichstagswahlen keinen, Majoritäts- und General-Adjutanten Freiherrn von Manteuffel.

Um 2 Uhr machten Ihre kaiserlichen und königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin im königlichen Palais einen Besuch. [Se. kaiserliche und königliche Hoheit der Kronprinz] machte gestern Mittags 1 Uhr Sr. Majestät dem Kaiser und König einen Besuch und empfing Nachmittags 3 Uhr Se. Hoheit den Herzog von Sachsen-Meiningen. Abends 7½ Uhr wohnte Höchstselbe mit Ihrer kaiserlichen und königlichen Hoheit der Kronprinzessin der Soiree des kaiserlichen Gesangsvereins in der Singakademie bei. (Reichsanz.)

— Berlin, 25. November. [Sitzung des Bundesraths.] — Auflösung des Reichstages. — Interpellation. — Die Anträge des Centrums. — Civilehe. — Die Commission.] Der Bundesrath hielt heute Mittag 1 Uhr unter dem Vorsitz des Staatsministers Delbrück eine Plenar-Sitzung, in welcher zunächst eine Anzahl von Präsidialvorlagen eingebracht und an die Ausschüsse verwiesen wurden; und zwar sind dies die an dieser Stelle bereits näher erwähnten Entwürfe, betreffend die Gerichts-Organisation, die gewerbliche Freizügigkeit der Apotheker-Gehülfen innerhalb des Bundesgebietes, die anderweite Festsetzung des Porto's für Vorschubbriefe, des Postvertrages mit Brasilien, die Auswahl von Bankhäusern zur Geschäftsvermittlung für den Reichs-Invalidenfonds. Dann wurden Berichte erstattet über das Geschäfts-Regulativ des Disciplinarhofes, über die Portopflicht bei Correspondenzen zwischen den Behörden im Reichsgebiet und Oesterreich-Ungarn. Dem Ausschussantrage bezüglich der Auslegung des Wahlgesetzes, daß die Wahllisten nicht vor Festsetzung des Wahltermins erscheinen dürfen, wurde zugestimmt. Dem folgte die Erledigung einer Anzahl von Notrügen des Zoll- und Steueraus-

schusses über Verwaltungsangelegenheiten und die Annahme des Vertrages mit Belgien wegen Anerkennung der Actiengesellschaften u. s. w. Ferner beschloß der Bundesrath in Folge Anschließens des Reichskanzlers vom 29. October, seine verfassungsmäßige Zustimmung zur Auflösung des Reichstages zu geben, welche nunmehr nur auf Grund dieser Zustimmung durch Se. Maj. den Kaiser zu erfolgen hat. — Die Angelegenheit, welche die am Mittwoch im Abgeordnetenhaus zur Verlesung kommende Interpellation des Abgeordneten Virchow betrifft, wegen der Einnahmen und Ausgaben der Provinzial-Verbände u. s. w., schwebt bereits seit einer Reihe von Jahren; es war damals im Abgeordnetenhaus der Wunsch geäußert worden, die Obliegenheiten der Communen, Kreis- und Provinzialverbände abzugrenzen und den Umfang dieser Verpflichtungen kennen zu lernen. Die Regierung hat damals die Zusammenstellung zugesagt und auch eingeleitet, doch sind die Erhebungen der Kreis- und Communal-Behörden immer neuen Umarbeitungen unterworfen worden. Seit etwa drei Monaten dürfen die allerdings eingeforderten Berichte der Communen u. s. w. dem Minister des Innern vorliegen; es wird sich also für jetzt nur um eine Auskunft über den Stand der Arbeiten handeln können. — Ueber die Stellung der Fractionen des Abgeordnetenhauses zu dem Antrage Windthorst (Meppen) bezüglich der Einführung des Reichswahlgesetzes in Preußen ist bis zur Stunde ein fester Beschluß noch nicht gefaßt, die Absicht, den Antrag durch einfache Tagesordnung zu erledigen, ist wieder schwankend geworden, man wird möglicher Weise eine Vertagung der zweiten Lesung auf einige (es heißt 6) Monate beantragen, was einer Verwerfung gleich käme, oder Ueberweisung an eine Commission vorschlagen. Die endgültigen Fraktionsbeschlüsse sollen heute Abend oder morgen vor dem Plenum stattfinden.

falls mit den Ultramontanen Hand in Hand zu gehen. Versprechungen und feste Zusicherungen, die vor drei Jahren den hiesigen Socialen von den hiesigen Ultramontanen gemacht, aber nicht gehalten worden sein sollen, haben diesen festen Entschluß herbeigeführt. — Und in der That können beide Parteien nicht gut zusammen gehen, — sagt doch ein ultramontanes Blatt in Bezug auf den Beschluß der Münchener Socialisten (die Liberalen und Ultramontanen zu bekämpfen), „wir haben einen neuen Beleg dafür, was die Katholiken und die katholische Kirche von den Social-Demokraten zu erwarten haben. Die Social-Demokraten sind und bleiben unsere geschworenen Feinde.“ (C. 3.)

Düsseldorf, 24. Nov. [Die Oberin aus dem Carmeliterkloster in Neuß, welche wegen Beseitigung eines Kindes verhaftet war, ist gegen Caution wieder freigelassen worden. Die Verhandlungen finden in Düsseldorf statt, weshalb die in Köln wohnhafte Nonne hierher gebracht werden soll. (R. 3.)]

Kassel, 21. November. [Ueber das agitatorische Aufstreben der Socialdemokraten] Henneberg und Fricke schreibt das „Fr. 3.“: „Die Wahlagitator der hiesigen Arbeiterpartei ist plötzlich zu einem heißen Kampfe zwischen den Mitgliedern des „Allgemeinen deutschen Arbeitervereins“ und der Eisenacher Partei geworden. In einer auf heute Abend anberaumten Volksversammlung, welche vornehmlich von Schreibern und deren Berufsgeoffenen besucht war, trat zuerst der Zweck der Agitation für die Reichstagswahlen hier anwesende Socialdemokrat Henneberg aus Bremen auf, verbreitete sich über die Nothwendigkeit des Zusammengehens aller Schreiner, Tischler u. c. und forderte schließlich zum Beitritte zu dem allgemeinen Schreinerverbande, sowie, was des Pudels Kern war, zur Unterstützung der Wahl des von der Arbeiterpartei aufgestellten Candidaten, W. Fricke aus Bremen, auf. Hierauf erwiderte Postsekretär Kleist aus Köln (Eisenacher Partei), indem er betonte, daß die hiesigen Schreiner und ihre Berufsgeoffenen als „Stimmvieh“ mißbraucht werden sollten, um den u. c. Fricke, „einen notorischen Betrüger und Lumpen“, durchzubringen. Kleist wurde wiederholt mit Drohungen unterbrochen; ein auf ihn folgender Redner bedauerte sogar, daß es nicht zum „äußersten Terrorismus“, d. h. zum Prügeln, gekommen sei. Unerwarteter Weise, den u. c. Kleist mit den bekannten „Tölpelischen Beweisgründen“ zu entfernen. Sodann nahm Henneberg wieder das Wort, beschuldigte den Kleist in Köln begangener Unsitlichkeiten und ließ sodann Schimpfpoeten auf Kleist und dessen Partei dicht wie Hagelkörner niederfallen. „Schurken“, „Diebe“, Menschen, mit Unrath bedeckt“ u. c. waren noch die mildesten Ausdrücke, wobei die Mehrzahl der Anwesenden mit Rufen, den gar nicht mehr zum Worte gelangenden Kleist todzuschlagen u. c., secundirte. Der anwesende Polizeicommissar hatte unterdessen eine Anzahl Schutzleute herbeigerufen, unter deren Bedeckung nach Schluß der Versammlung Kleist das Lokal verließ. Ob weitere Excesse vorgekommen sind, konnten wir bis Mitternacht nicht constatiren. Eine weitere, wahrscheinlich auch wieder tumultuarische Versammlung steht am Montag zu erwarten.“

Wiesbaden, 20. November. [Ein Brief von Sydow.] In heutiger Sitzung der evangelischen Kirchengemeinde-Vertretung wurde die Antwort des Predigers Sydow auf die von dieser Gemeinde-Vertretung gerichtete Adresse verlesen und mit großem Beifall aufgenommen. Diefelbe lautet:

„Hochgeehrte Herren des Kirchen-Vorstandes und der größeren Vertretung der Kirchen-Gemeinden Wiesbadens! Sie haben durch ihre gütige Zusage vom 21. v. M. meinem Gemüth eine hohe Freude und all die Stärkung bereitet, welche in dem Bewußtsein der Gesinnungs-Genossenschaft mit so vielen ausgezeichneten und ehrenwerthen evangelischen Männern liegt. Wenn ich erst jetzt Ihnen dafür meinen ergebensten Dank ausspreche, so wollen Sie das mit der Anhäufung von Geschäften entschuldigen, die meiner unmittelbaren nach der Reconstitution in mein Amt warteten. Wohl hatte ich ja aus öffentlichen Blättern gesehen, welche Hindernisse Ihnen von Seiten der Geschäftsleitung in den Weg traten, Ihre Absichten schon früher mit mir auszuführen. Der Umstand, daß meine Angelegenheit indirect eine Veranlassung hat bieten sollen, ein in Ihren Kreisen in Frage gestelltes Recht in klare Geltung zu bringen, bildet für mein Gefühl eine wohlthuende Zugabe zu den Erfahrungen, die mir das letzte Jahr gebracht hat. Hochgeehrte Herren und Freunde! Sie würdigen das, was mir möglich, aber auch von Gewissenswegen als notwendig aufzulegen war, zu thun resp. zu leiden, auf eine Weise, die mich nur beschämen kann. Wenn es dem lieben Gott gefallen hat, an meinen Einzelfall, mir selber zum Erstaunen, eine so große Theilnahme der Geister zu knüpfen, so lag das außer Absicht und Verdienst von meiner Seite, ich kann in ungeheurer Demuth es nur als einen Gnadenlohn betrachten für das, was doch eigentlich nichts war, als Pflicht und Schuldigkeit, nämlich, ohne nach rechts oder links zu schauen, das Gewissen eines ehrlichen evangelischen Mannes und Theologen zu wahren. Jetzt muß ich erkennen, daß der, der aus dem kleinen Großen machen kann, meinen geringen Dienst vielleicht nützlich und wirksam in das Gewebe unserer reformatorischen Entwicklung hat einfügen wollen. Aber, liebe Herren, wir sind schon schwerlich über den Berg; es wird Beständigkeit und Geduld vonnöthen sein, um das zu bewahren, was unentbehrlich als Keim besserer Zukunft für unsere theure evangelische Kirche in den Schoß der Gegenwart gelegt ist. Der Kampf des Staates gegen den römischen Hierarchismus und unseren hierarchischen Orthodoxismus, die fortgeschrittene theologische Wissenschaft, das erstarrte Rechtsgefühl im Individuum, welches vom politischen Leben in das religiös-fürliche hinüberwirft, der Geist der großen Geschäfte, den die großen Zeitverhältnisse unweigerlich heraufzwingen und verbreiten — Alles das steht auf unserer Seite. Nun gebe es Gott dem deutschen Volke, die Aufgaben zu lösen, welche er nach seiner vorstehenden Weisheit und Güte demselben in der Herausführung dieser Zeit stellen wollte! Und er wird es! Hat er den germanischen Geist doch dafür ausgerüstet, und gebietet uns Allen und jedem Einzelnen an seiner Stelle, des weltgeschichtlichen Berufes, der unserem Volke geworden, in Demuth und Pflichttreue eingedenk und würdig zu sein. Sind wir denn nicht das eigentliche Volk der Reformation? Das Volk aufrichtiger Religiosität, frommer, gemüthlicher Sitte, forschenden Wahrheits-Sinnes, das Volk, welches der die Menschheit erziehende Gott nicht für nichts mit dem guten Schwert des Geistes und der Frucht in das Herz unseres Welttheils gesetzt hat? Dieses Volk soll und wird das in der Wirklichkeit ausführen, was vor vierhalb Jahrhunderten in der Reformation hat fester bleiben müssen, ja seitdem selbst so schände hat verkommen und geschädigt werden sollen! Ich hoffe mit Ihnen, geehrte Herren, wenn auch die Alken unter uns, wie ich deren Einer bin, es hienieden nicht mehr schauen, in fester Überzeugung, daß, wie Sie es schon ausdrücken, „das neue deutsche Reich dem freien christlichen Geiste eine gute wohlthätige Stätte bereiten wird.“ Berlin, 28. September 1873. In evangelischer Gesinnungs-Genossenschaft: der Ihrige Sydow, Prediger an der neuen Kirche.“

Leipzig, 22. Nov. [Der neue Reichsdisziplinarhof.] Am 20. November war der neue Reichsdisziplinarhof, der bekanntlich seinen Sitz in Leipzig hat, zum ersten Mal unter Vorsitz des Reichs-Oberhandelsgerichtspräsidenten Pape versammelt, um sich zu constituiren. Außer dem Vorsitzenden nahmen Theil vom Reichs-Oberhandelsgericht die Räte Drechsler (Vizepräsident), Gleichhauer, Gallencamp, Werner und Barth, ferner die Bundesrathsbevollmächtigten General von Voigts-Rheß, Ministerresident Dr. Krüger (Rübe), außerordentlicher Gesandter und bevollmächtigter Minister v. Rostiz-Ballwin (Sachsen) und Wirklicher Geh. Ober-Finanzrath und General-Director Hasselbach (Preußen).

Dresden, 25. Novbr. [Armeebefehl.] Nach dem „Dresd. Journ.“ hat Prinz Georg von Sachsen bei Uebernahme des Corps-Commandos an das 12. Armee-Corps folgenden Tagesbefehl erlassen: Soldaten! Se. Majestät der Kaiser haben mich durch Allerhöchste Cabinets-Ordre vom 9. November c. zum commandirenden General des 12. Armee-Corps zu ernennen geruht. Indem ich den Befehl des Armee-Corps mit heute übernehme, gereicht es mir zur größten Ehre und Freude, an die Spitze der königlich sächsischen Truppen zu treten, welche in ernsten und ruhmvollen Zeiten zu commandiren mir schon ein Mal vergönnt war. Im

Sinne und Geiste Cures bisherigen ruhmgelohnten Führers, unseres erhabenen Königs und Herrn, werde ich es als meine höchste Aufgabe betrachten, dem Armee-Corps jene Stellung zu bewahren, die es als ein würdiges Glied des deutschen Heeres zu Ruhm und Ehre unseres engeren, wie unseres gemeinsamen deutschen Vaterlandes sich erworben hat. In Eurem Vertrauen, Eurem bewährten Eifer und Eurer Hingebung erblicke ich die wesentlichste Unterstützung meiner Aufgabe. Der treffliche Geist der Pflichttreue, des Gehorsams und der Disciplin, welcher zu allen Zeiten Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften des sächsischen Armee-Corps befehlt hat, ist die sicherste Bürgschaft für den Erfolg unseres gemeinsamen Strebens.

Amerika.

Newyork, 31. October. [Zu den Wahlen in Ohio. — Die Wahlbewegung in Newyork.] Erst die offizielle Zählung der Stimmen, schreibt man der „R. 3.“, hat das Resultat der Wahlen in Ohio endgültig festgestellt. Zum Gouverneur ist der Demokrat Allen gewählt worden, während die Republikaner sämtliche Candidaten für die übrigen Aemter durchgebracht haben. Die Mehrheit war in keinem Bezirke sehr groß und darum schon sind die Forderungen, die vielfach an dieses Resultat geknüpft worden, mit Vorsicht aufzunehmen. Die Demokraten im ganzen Lande beginnen mit diesem Tage einen neuen Zeitabschnitt. „Aus dem Feuer des politischen Unglücks“, so äußert sich George H. Penbleton in einer zu Chicago gehaltenen Rede, „ist die Partei geklärt und gereinigt hervorgegangen, und die Zeit ist nicht mehr fern, wo sie als die natürliche Vertreterin wahrhaft freier Institutionen das amerikanische Volk mit einer fähigen und ehrlichen Verwaltung beglücken wird.“ In ähnlichem Sinne sprach Senator Thurman in einer zu Cleveland abgehaltenen demokratischen Versammlung. Die newyorker Demokraten ließen zur Feier des wichtigen Ereignisses und zur Plage der armen Rosselenter auf dem freien Plage vor dem Stadthause Victoria schießen und ein allmächtiges Banner mit obligatem Glückwunsch an die Brüder in Ohio entfalten. Man braucht nicht Republikaner zu sein, um zu behaupten, daß damit Werth und Tragweite der Wahlen von Ohio ungeheuer überschätzt sind. Die Gesamttheilnahme bei den Abstimmungen pflegt im ersten Jahre nach einer Präsidentenwahl sehr klein zu sein, und der Umstand, daß sich gerade die Bezirke, die früher die größte republikanische Mehrheit hatten, bei diesen Wahlen durch die größte republikanische Minderheit auszeichnen, ohne daß zugleich die Zahl der abstimmenden Gegner erheblich vermehrt worden wäre, beweist deutlich, daß eine große Anzahl von Republikanern diesmal den Wahlplätzen fern geblieben ist, gewiß eher aus Unwillen über die der leitenden Partei nicht gerade zu besonderer Empfehlung dienenden Enthüllungen der letzten Monate, als aus Sympathie mit den geklärten Grundsätzen der Demokratie. Trotzdem verhehlen sich die Republikaner keineswegs, daß der theilweise Sieg ihrer Gegner in Ohio und mehr noch die bedenkliche Abnahme der republikanischen Mehrheit in Iowa — dieselbe ist noch nie so gering gewesen, wie in diesem Jahre — ihre Erfolge in anderen Staaten, namentlich in Newyork stark beeinträchtigen werden. Hierhin richtet sich im Augenblicke das Hauptinteresse aller politischen Kreise. Die demokratische Tammany-Hall-Association macht fast übermenschliche Anstrengungen, die vor zwei Jahren verlorene Herrschaft wiederzuerlangen, während die Demokraten von Apollo-Hall sich mit den Republikanern über eine gemeinschaftliche Candidatenliste geeinigt haben, freilich erst nachdem ein Versuch der Vereinigung der beiden demokratischen Fraktionen fehlgeschlagen war. Eine größere Bedeutung als die Wahlen selbst hat die bei dieser Gelegenheit dem Volke zur Abstimmung vorgelegte Frage, ob der bisherige Modus der Richterwahl durch das Volk (der im Jahre 1846 eingeführt wurde) beibehalten oder ob die Richter in Zukunft von dem Gouverneur ernannt werden sollen. Trotzdem es constatirt ist, daß unter dem bisherigen System das Ansehen der Gerichtshöfe vollständig untergraben würde, daß die Richter in vielen Fällen nur willkürliche Werkzeuge in den Händen der Parteiführer geworden sind, denen sie ihr Amt verdanken, trotzdem sich ferner der hiesige Juristen-Verein (Bar-Association), der nahezu 600 Mitglieder zählt und dem die tüchtigsten Advocaten und Richter angehören, mit allen gegen eine Stimme für die Ernennung der Richter ausgesprochen hat, ist es immer noch zweifelhaft, wie die Entscheidung dieser Frage ausfallen wird, da gewissenlose Politiker, unter ihnen die Tammanyiten obenan, mit aller Gewalt eine Institution beibehalten möchten, die sich so erfolgreich zur Förderung niedriger und verwerflicher Parteizwecke verwenden läßt.

[Die vom Präsidenten in Aussicht gestellte Circulation klingender Münze] hat am 29. d. M. begonnen, allein in winzigem Maßstabe. Auf die offizielle Bekanntmachung hin waren nämlich so massenhafte Bestellungen beim Schatzamte eingelaufen, daß die vorräthige halbe Million Silber wohl schon am ersten Tage absorbiert worden wäre; die Regierung setzte deshalb als Maximum für jede einzelne Silberzahlung den Betrag von 5 Dollars fest, eine Maßregel, die dem völligen Aufgeben des Planes gleichkommt. Thatsächlich wird klingende Münze nur noch von einigen speculativen Wirthen und Kaufleuten in Cours gebracht, die dieselbe als Reclame benutzen und dabei mehr Glück haben als der Finanzminister.

[Die Samana-Bay-Gesellschaft] befindet sich trotz der vom Präsidenten Baez verliehenen Privilegien in großer Gefahr, von der halbwilligen Bevölkerung von Santo Domingo „ermittelt“ zu werden. In ihrer Noth wandte sich die Gesellschaft an die Regierung von Washington um Schutz, und man sprach schon davon, daß dies wahrcheinlich der Anfang eines neuen Amerikasversuches sein werde. Diesen Gerüchten wird jedoch amtlich widersprochen und dabei betont, daß der Regierung jeder derartige Plan fern liege. Die Absicht dagegen, die Kohlenstation für das westindische Geschwader von der fast fortwährend von ansteckenden Krankheiten heimgesuchten Insel St. Thomas nach einem Punkte der durchaus fieberfreien Samana-Bucht zu verlegen, wird zugegeben.

[Aus Memphis.] Zu den Städten, welche am schrecklichsten vom gelben Fieber gelitten haben, gehört Memphis in Tennessee. Von mehr als 40,000 Einwohnern sind nur etwa 12,000 zurückgeblieben, 1500 Personen sind gestorben und 1200 liegen hoffnungslos darnieder; 2000 Familien empfangen öffentliche Unterstützungen und die Zahl der Waisen beläuft sich auf 1200. Der tägliche Lohn der Krankenwärter mußte in Folge eines Streites von drei auf fünf Dollars erhöht werden.

Provincial-Beitung.

Breslau, 24. Novbr. [Der kaufmännische Verein „Union“] entfaltet in diesem Wintersemester eine sehr rege Thätigkeit. Bisher hielten die Herren Rechtsanwalt Löwe, Hr. Hulwa und Diacomus Döring zahlreiche besuchte Vorträge; demnächst werden die Herren Rector Kaufmann (über Voltaire) und Telegraphen-Inspicor Albrecht (über Telegraphie mit Experimenten) vortragen. Dazwischen liegen die Debatten-Abende und die geselligen Zusammenkünfte; Eßere finden, wie die Vorträge, im Café restaurant, Letztere allsonnabendlich Widoßstr. Nr. 1 statt. Der Verein, dem in den letzten Monaten über 50 neue Mitglieder beigetreten sind, wird am 17. Januar t. J. sein 15. Stiftungsfest in Liebig's Stablisement feiern.

Breslau, 24. Novbr. [Humboldt-Verein für Volksbildung.] Den heutigen Sonntag-Vormittags-Vortrag hielt Herr Sanitätsrath Dr. Hodann über das Leben und die Steinwerkzeuge unserer Vorfahren. Die ersten Kenntnisse über das Leben der Vorfahren verdanken wir den Nachrichten der Römer und ihrer Schriftsteller, z. B. Tacitus, die übrigen neben den schätzenswerthen Mittheilungen darüber zur Zeit um

die römische Invasion doch auch viele Irrthümer über die Germania magna berichtet haben, wie sie z. B. die Kleidung der Deutschen als nur in Fellen bestehend schildern, und über deren Unkenntniß im Rechnen und Schreiben nicht zu lässig sind, indem spätere Nachrichten Rechnungen u. c. über damalige Lieferungen u. c. an den Tag gebracht und auch hinsichtlich der Befleidung uns besser unterrichtet haben. Neues über die historische Zeit Deutschlands hinaus, die unsere Kenntniß bis vor Kurzem umfaßte, haben die Untersuchungen durch Hüfing, unseres Landsmannes gelehrt, aber erst seit den letzten 5 resp. 10 Jahren hat man angefangen, gründlichere Forschungen über die ältere Zeit anzustellen und die aufgefundenen Ueberreste mehr zu schonen und aufzubewahren. Vieles Verdienst hat sich ein Gutsherr der Trebnitzer Gegend, ein Herr v. Schidfus, erworben, der auf seinem alterthümlichen Gebiet nicht nur selbst zahlreiche Urnen u. c. entdeckt hat, sondern auch seine Angehörigen, ja die Kinder der Umgegend für das Interesse an solchen Dingen gewonnen hat.

Es hat sich bei solchen Untersuchungen gezeigt, daß manche Gebrauchs- und Verfahrungsarten unserer Vorfahren denselben gemeinschaftlich gewesen sind mit noch gegenwärtig stattfindenden Verfahren der wilden Einwohner ferner Welttheile, z. B. die Art, Feuer durch Reibung zweier Holzstücke hervorzubringen, mit der der Südsee-Insulaner, und haben sich auch noch andere Uebereinstimmungen, z. B. des französischen Forschers, der den Neanderthaler gefunden, mit Vermuthungen unseres Blumenbach gezeigt, z. B. daß auch auf den Inseln der Südsee „Menschirte“ errichtet worden, wie bei unseren Urhainen.

Nedner ist nicht der Meinung Darwins, daß der Mensch vom Affen abstamme und folgert dies daraus, daß die ersten, an Intelligenz noch sehr untergeordneten Menschen, doch schon angefangen haben, sich Waffen zu bereiten, das habe kein Thier gethan, sondern höchstens sich natürliche Waffen: Steine, Baumäste u. c. zur Vertheidigung bedient; wenn der Mensch auch Bilder und Producte der Natur benutzte, um sich Keulen und Hämmer u. c. zu fertigen. Ein solches Product sei der Feuerstein gewesen, der auf Äugen z. B. sehr häufig vorkomme, und von den Ureinwohnern zur Anfertigung ihrer Hauswerkzeuge, Jagd- und Vertheidigungswaffen benutzt worden sei, und machte der Nedner, der einen großen Vorrath jener Werkzeuge und einzelner Feuersteinstücke den Verammelten zur Vertheidigung mitgebracht hatte und unter den Erläuterungen umherwandern ließ, darauf aufmerksam, daß frisch gefundene Feuersteine härter und haltbarer seien, als lange der Luft ausgelegte, so daß aus solchen frischen Feuersteinen die Leute in kurzer Zeit hunderte von Flintenstücken bereiten konnten und daß viele der vorgezeigten Geräte, z. B. Pfeile und Lanzenspitzen aber als Abwurf gefunden zu sein scheinen, weil sie zum bestimmten Zweck von den alten Bearbeitern nicht tauglich befunden worden waren. Die Geräte selbst habe der Vortragende zusammengelegt, aber die Feuersteinstücke seien Originale. Er zeigte in Holzstücke und Baumzweige mit Harz eingefügte Feuersteinstücke, die zu Beilen, Aexten, Hämmern, Sägen, Lanzen, Meßern u. c. benutzt waren. Die Zeit, wo man anfing, die Steine zu poliren, wie z. B. meißelähnliche Werkzeuge, gehört in die Zeit der Kenntniß und auch wohl noch der Pfahlbauten. Uebrigens müsse man sich auch in Abt nehmen, bloße Zufälligkeiten bei der Bereitung als besondere Anzeichen weiter vorgeschrittener Intelligenz der Bereiter anzusehen, wie die Gestalt mancher Geräte zufällig an Vogelförmigkeit u. c. erinnere, von denen der Vortragende eine Art als Beispiel zeigte. An vielen Steinen zeigen noch Fingerabdrücke deren Handhabung durch den Arbeiter. Unter den ältesten Ueberresten unserer Vorfahren weisen viele, z. B. aufgeschlagene menschliche Knochen und Schädel auf das Vorkommen der Menschenkrefse hin, an welche auch Arabi's Mittheilungen, wie Bilder erinnern, welche noch Alboin, den König der Longobarden aus einem Schädel trinken darstellten. Andere Geräte sind aus Erde geformt und z. B. die patina schüsselförmig. Außerdem zeigte der Vortragende ein Stück seiner Sammlung, was ein Wurfstein gewesen zu sein scheint, von dem er aber nicht mit Bestimmtheit sagen konnte, ob er den alten Germanen angehört, oder von Südsee-Insulanern stamme. Am Schluß des Vortrags forderte der Herr Vortragende sich besonders interessirende Zuhörer auf, auch die kleineren Stücke seiner Sammlung in Augenschein zu nehmen, von welcher Erlaubniß auch eine große Anzahl Gebrauch machte.

—ch. Görlitz, 24. Nov. [Städtischer Verwaltungsbericht für 1872.] Der Magistrat hat seinen Verwaltungsbericht diesmal etwas früher, als bisher gewöhnlich, ausgegeben. Derselbe umfaßt 90 Quartseiten und vier Tabellen, und giebt ein außerordentlich reichhaltiges statistisches Material. Nach der Bevölkerungsstatistik wurden 1872 1889 Kinder, 952 Knaben und 937 Mädchen geboren, von denen 207, also nahezu 11 pCt. uneheliche waren. Die Gesamtzahl überstieg die des Vorjahres um 4 1/2, so daß der durch den Krieg verursachte Ausfall beinahe vollständig ersetzt ist. Eben wurden 467 geschlossen, 94 mehr als im Vorjahre. Die Zahl der Todesfälle betrug 1498, oder 30 mehr als im Vorjahre, während die Geburten einen Ueberschuß von 391 ergaben. Bei einer Einwohnerzahl von 43,000 kamen also 4,4 Geburten und 3,4 Todesfälle auf 100 Einwohner. — In den Gemeindeverband traten 1243 Personen, während 524 auschieden, die Gesamtzahl betrug 11,816, darunter 1716 Grundbesitzer. Die Zahl der im Stadtgebiet liegenden Grundstücke stieg von 1970 auf 2000 durch Dismembrationen. Bei diesen Grundstücken traten 183 Besitzveränderungen, 81 mehr als im Vorjahre, ein, bei 26 durch nothwendige Subhastation. Wohnhäuser wurden nur 15 neu erbaut, vier dagegen abgebrochen, 18 wurden durch Neubau resp. Anbau vergrößert. Zu gewerblichen Zwecken wurden 25 Gebäude neu errichtet, 11 vergrößert. — Der Gesundheitszustand war bis auf die Poden-Epidemie befriedigend. Diese Epidemie, welche erst Ende Juli erlosch, hat im Ganzen 1529 Personen ergriffen, von denen 231 oder 15,10 pCt. starben. In der städtischen Podenanstalt sind davon 790 behandelt, 131 gestorben. Der Gesamtaufwand für die Bekämpfung der Podenepidemie beläuft sich auf 10,590 Thlr. Wenn die Stadt von andern Epidemien verschont geblieben ist, so dürfte nach der Ansicht des Verwaltungsberichts, die Sorge der Communalbehörden für rechtzeitige Desinfection der Straßencanäle und aller Aborte der öffentlichen Verlehrsanstalten wesentlich beigetragen haben. Durch die in Vorbereitung begriffenen Maßnahmen aber, anderweite Versorgung der Stadt mit gesundem Trinkwasser und Einführung eines geregelten Abfuhrsystems dürfte die Gefahr von Epidemien, welche aus Infection des Erdbodens entstehen, immer mehr beseitigt und so der alte Ruf der Stadt, als einer durchaus gesund, bewahrt bleiben.

Δ Sagan, 24. November. [Stadtvorordneten-Wahl. — Stadtvorordneten-Sitzung. — Grünberger Krach. — Bahnhofsumbau.] Bei den am 17. resp. 20. d. Mts. stattgefundenen Stadtvorordneten-Wahlen sind gewählt worden: Von der 3ten Abtheilung die Herren: Färbereibesitzer König, Schneidermeister Denzler, Kürschnermeister Krause, Oberlehrer Dr. Hilbrand und Schmiedemeister Baumann. Von der 2ten Abtheilung die Herren: Färbereibesitzer Kallinich, Bädermeister Siegel, Restaurateur Baudach und Bierarzt Buhm. Von der 1. Abtheilung die Herren: Rechtsanwalt Jähndrich, Fabrikbesitzer Paul Hermann, Graf Pfeil, Kaufmann Kluft und Oberst z. D. v. Elpons. Die Vertheilung an der Wahl war nicht von Belang. Einigen langjährigen Stadtvorordneten ist dadurch ein bedeutendes Misstrauensvotum erteilt worden, daß sie nur mit knapper Majorität wiedergewählt worden sind. — In der am 20. d. Mts. abgehaltenen Stadtvorordneten-Sitzung wurde u. A. die vom Magistrat beantragte Abänderung einiger Paragraphen der Feuerlösch-Ordnung in den Hauptpunkten genehmigt (allgemeine Dienstpflicht bis zum 50. Lebensjahre, Gewährung beiderseitiger Vergütungen für die Turner-Feuerwehr, Entschädigung für Bestellung der Gespanne u. c.), die ebenfalls vom Magistrat angeregte Verbesserung resp. Erweiterung der städtischen Wasserleitung zur weiteren Verfolgung einer gemäßigten Commission übertragen und die von der königl. Regierung zu Regensburg wiederholt angeordnete Erbauung eines Schlachthauses auf Kosten der Stadt Sagan wegen gegenwärtigen Mangel an Mitteln vertagt. — In einer der öffentlichen folgenden geheimen Sitzung wurde beispielsweise die beantragte Erhöhung der Gehälter der städtischen Beamten zurückgelegt und sollen die bedauerlichen Betreffenden vor der Hand wieder eine Heuerungszulage von 10 pCt. erhalten, wie vorige Oftern. — Der Grünberger Krach hat auch unsere Stadt stark in Mitleidenchaft gezogen, da dieselbe mit über 100,000 Thlr. dabei interessiert ist. — Dem Magistrat unserer Nachbarstadt Sorau ist durch den Oberpräsidenten v. Jagow der Bescheid zugegangen, daß der Handelsminister das Project für den Umbau des dortigen Bahnhofes genehmigt hat und daß der Bau beschleunigt werden soll.

H. Gainsau, 22. November. [Kreistag.] Bei dem am 19. h. zu Goldberg abgehaltenen Kreistage war die Tagesordnung: 1. Feststellung der Vorschläge bezüglich Bildung der Amtsbezirke; 2. Aufstellung der Liste der zu Amtsverordnungen geeigneten Personen; 3. Beschlußfassung: a) über die Höhe der den Mitgliedern des Kreis-Ausschusses zu gewährenden Entschädigung für ihre baaren Auslagen (§ 164 der Kreis-Ordnung), b) über die Kosten der Verwaltung des Kreis-Ausschusses sowohl der künftigen, als der bereits entstandenen. — Die Vorschläge des Ausschusses, bezüglich Bildung der Amtsbezirke, wurden mit wenigen Ausnahmen angenommen. Die Gemeinde Modersdorf hatte die Bildung eines besondern Amtsbezirks beantragt und wurde diesem Antrage auch nachgegeben. — Dem Wunsche der Gemeinde

Berliner Börse vom 25. November 1873.

traf, wurde die Forderung dafür acceptirt, ja Fabrikanten wurden gewissermaßen schon am Thore empfangen und dort alles abgenommen. Der große Bedarf hatte Händler aus Hamburg, Köln, vom Elbe, Frankfurt a. M., Prag, Posen, Breslau und Berlin sowie aus Posen, Ost- und Westpreußen zugeführt. Kirchhain und Reppen wurde schon vor der Messe von Händlern stark besucht, daher die von dort eingetroffenen Vorräthe sehr gering ausgefallen waren. Preise stellten sich wie folgt. Für Weißleder: Frankfurter Gerber erhielten für 7 Pfd. schwere Waare 64 Thlr., Besenlöcher für 7 1/2 Pfd. 60 Thlr., Kirchhain für 7 Pfd. schwere 56 Thlr., 6 1/2 Pfd. 50 Thlr., zweite Sorte 7 Pfd. bis 40 Thlr. und 4-6 Pfd. Auszug 30-35 Thlr. pro 100 Stück. Braune Schafleder gingen eben so schnell um. Reppen 9 Pfd. schwere Waare erhielt 57 Thlr., 8 Pfd. 54 Thlr. und 6-7 Pfd. je nach Reinheit 40-50 Thlr. Sämmtliches Schafleder war größtentheils schon Sonntag am 16. in zweiter Hand; farbige Schafleder war sehr gesucht, und selten haben wir ein so gutes und schnelles Geschäft wahrgenommen.

Julius Kornik, vereideter Makler.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.
(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 25. November, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. [Schlußcourse.] Londoner Wechsel 118 1/2. Paris 100 zu 93 1/2. Wiener 102 1/2. Franzosen 339. Hef. Ludwigsb. 150. Böhmisches Westbahn 222. Lombarden 173. Galizier 224 1/2. Elisabethbahn 224 1/2. Nordwestb. 199 1/2. Elbthalbahn 224 1/2. Provinzial-Disconto-Gesellschaft 227. Russ. Bodencredit 87 1/2. Russen 1872 94 1/2. Silberrente 64 1/2. Papierrente 60 1/2. 1860er Loose 91 1/2. 1864er Loose 150. Ungarische 100. Raab-Grazer 76. Amerikaner de 1882 97 1/2. Darmst. Bankverein 374. Deutsch-österreich. 88 1/2. Prov.-Disconto-Gesellschaft 86 1/2. Brüsseler Bank 101 1/2. Berl. Bankverein 82 1/2. Frankf. Bankverein 86 1/2. do. Wechselbank 80. Nationalbank 993. Meiningener Bank 107 1/2. Bahn Effectenbank 117 1/2. Continental 93 1/2. Südd. Immobilien-Gesellschaft 108 1/2.

*) per medio resp. per ultimo.

Unbelehrt, matt auf Berliner Nachrichten. Banken offerirt, Bahnen schwächer, für Creditation 42 Kreuzer Depot.

Nach Schluß der Börse: Creditation 227 1/2, Franzosen 338 1/2, Lombarden 173 1/2, Silberrente 64 1/2, Prov.-Disconto-Gesellschaft 227 1/2.

Frankfurt a. M., 25. November, Abends. [Effecten-Societät.] Creditation 228 1/2. Franzosen 339 1/2. Galizier 224 1/2. Lombarden 173 1/2. Silberrente 64 1/2. Darmstädter 227 1/2. Provinzial-Disconto-Gesellschaft 88 1/2. Elisabethbahn 224 1/2. Bahn'sche Effectenbank 117 1/2. Deutsch-österreich. Bank 107 1/2. Continental 93 1/2. Südd. Immobilien-Gesellschaft 108 1/2.

Dresden, 25. November, Nachmittags 2 Uhr. Credit 129. Lombarden 99. Silberrente 64 1/2. Sächsische Creditbank 75. Sächsische Bank (alte) 142. do. (junge) 137. Leipziger Credit 146. Dresdener Bank 92. do. Wechselbank 73. do. Handelsbank 65. Sächsischer Bankverein 69. Dörsner. Noten 87 1/2. Lauchhammer 11. Matt.

Hamburg, 25. November, Nachm. [Schluß-Course.] Hamburger Staats-Präm.-Anleihe 104. Silberrente 64 1/2. Österreich. Creditation 194 1/2. do. 1860er Loose 90 1/2. Nordwestbahn 434. Franzosen 728. Lombarden 373. Italienische Rente 59. Vereinsbank 120 1/2. Saurabütte 150. Commerzbank 93. do. II. Em. 11. Norddeutsche Bank 143 1/2. Provinzial-Disconto-Bank 88 1/2. Anglo-deutsche Bank 62 1/2. do. neue 75 1/2. Dänische Landmannbank 76 1/2. Dortmunder Union 76 1/2. Wiener Unionbank 64 1/2. Prämien-Anleihe 66 1/2. Russ. Prämien-Anleihe 147. Rhein. Eisenbahn-Stamm-Aktion 139. Bergisch-Märkische 105 1/2. Disconto 4 1/2 pCt. — Matt.

Wechselnotirungen: London lang 20, 05 Br., 19, 99 Gd., London kurz 20, 35 Br., 20, 27 Gd., Amsterdam 167, 00 Br., 166, 20 Gd., Wien 174, 00 Br., 172, 00 Gd., Paris 78, 70 Br., 78, 30 Gd., Petersburger Wechsel 265, 00 Br., 263, 00 Gd., Frankfurt a. M. 169, 50 Br., 168, 90 Gd.

Hamburg, 25. November. [Getreidemarkt.] Weizen und Roggen loco fest, beide auf Termine ruhig. Weizen pr. 126 Pfd. pr. November pr. 1000 Kilo netto 237 Br., 235 Gd., pr. November-December pr. 1000 Kilo netto 237 Br., 235 Gd., pr. April-Mai pr. 1000 Kilo netto 261 Br., 259 Gd. — Roggen pr. November-December 1000 Kilo netto 201 Br., 199 Gd., pr. November-December 1000 Kilo netto 196 Br., 195 Gd., pr. April-Mai 197 Br., 196 Gd. — Hafer und Gerste fester. — Rüböl behauptet, loco 62 Br., pr. Mai pr. 200 Pfd. 66. — Spiritus fest, pr. November pr. 100 Liter 100 62, pr. November-December 55, pr. Januar-Februar und pr. April-Mai 53. — Kaffee sehr angenehm; Umratz 3000 Sack. — Petroleum still, Standard white loco 13, 40 Br., 13, 30 Gd., pr. November 13, 30 Gd., pr. November-December 13, 40 Gd. — Wetter: Schön.

Hamburg, 25. November. [Abendbörse.] 8 Uhr 30 Min. Dörsner Silberrente 64 1/2. Amerikaner 93 1/2. Italiener 59 1/2. Lombarden 374. December 370. Dörsner Staatsbahn 727, 50—732, December 726, 50—728, 50. Dörsner Nordwestbahn 432. Anglo-Deutsche Bank 63 1/2. do. junge 72 1/2. Hamb. Commerzbank 93. do. junge 11. Rhein. Eisenbahn-St.-Aktion —. Bergisch-Märkische —. Köln-Mündener 146. Saurabütte 151, 50. Dortmunder Union 78. Norddeutsche 143, 75. Disconto —. Intern. —. Fest, still.

Liverpool, 25. November, Vormittags. [Baumwollc.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umratz 10,000 Ballen. Stetig. Tagesimport 22,000 B., davon 14,000 Ballen amerikanische, 2000 Ballen ostindische.

Liverpool, 25. November, Nachmittags. [Baumwollc.] (Schlußbericht.) Umratz 12,000 Ballen, davon für Speculation und Export 2000 Ballen. — Fest.

Middl. Orleans 8 1/2, middl. amerikanische 8 1/2, fair Dholerah 5 1/2, middl. fair Dholerah 5, good middl. Dholerah 4 1/2, middl. Dholerah 4 1/2, fair Bengal 3 1/2, fair Broach 5 1/2, new fair Domra 5 1/2, good fair Domra 6 1/2, fair Madras 6, fair Pernam 8 1/2, fair Smyrna 6 1/2, fair Egyptian 9 1/2. Schwimmend 1/2 billiger.

Upland nicht unter good ordinary November-Versicherung 8 1/2, October-November-Versicherung per Dampfer 8 1/2.

Manchester, 25. November, Nachmittags. 12r Water Armigate 9, 12r Water Taylor 10, 20r Water Nicholls 12, 30r Water Giblow 14, 30r Water Clayton 14, 40r Mule Rayoll 12, 40r Medio Wilkinson 14, 36r Warpcop Qualität Rowland 14, 40r Double Weston 14, 60r Double Weston 16, 1/2, Printers 10 1/2, 34 1/2, 123. Mäßiges Geschäft, Preise sehr fest.

Petersburg, 25. November, Nachmittags 5 Uhr. [Schlußcourse.] Wechsel London 3 Mt. 32 1/2, do. Hamburg 3 Mt. 272 1/2. do. Amsterdam 3 Mt. 161 1/2. do. Paris 3 Mt. 342 1/2. 1864er Prämien-Anleihe (gestuft) 160. 1866er Prämien-Anleihe (gestuft) 157. Imperial 6, 17 1/2. Große Russische Eisenbahn 142 1/2. Internationale Bahn I. Emission —. do. II. Emission — bez.

Petersburg, 25. Nov., Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 46, per August 47. Weizen pr. Mai —. Roggen loco 7 1/2, per Mai 8 1/2. Hafer pr. Mai-Juni 4 1/2. Hafer per Juni 38. Leinwand (9 Pfd) pr. Mai —. Wetter: Gelinde.

Königsberg, 25. November, Nachmittags. [Getreidemarkt.] Weizen sehr fest. Roggen fest, loco 121/122 Pfd. 2000 Pfd. Zollgew. 60 1/2, pr. November 58 1/2, pr. Frühjahr 59, pr. Mai-Juni 59 Thlr. Gerste besser. Hafer fest, loco pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 48, pr. Frühjahr 47 1/2 Thlr. Weiße Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 52 Thlr. Spiritus per 100 Liter 100 pCt. loco 21, pr. November 21, pr. Frühjahr 20 1/2 Thlr. Wetter: Regen, stürmisch.

Danzig, 25. November, Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen unverändert, bunter pr. 2000 Pfd. Zollgew. 80—85, hellbunter 86—87, hellbunter und glatt 87—89, 126 Pfd. pr. November 86, pr. Frühjahr 87 Thlr. Roggen unverändert, 126 Pfd. loco pr. 2000 Pfd. Zollgew. inländisch 65, pr. November 65, pr. Frühjahr 62 1/2 Thlr. Kleine Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 51—56, große Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgew. 57—64 Thlr. Weiße Erbsen loco pr. 2000 Pfd. Zollgew. loco 53—54, do. Futtererbsen pr. 2000 Pfd. Zollgew. 52 1/2 Thlr. Hafer pr. 2000 Pfd. Zollgew. loco 50—52 Thlr. Spiritus pr. 100 Liter 100 loco — Thlr. — Wetter: Veränderlich.

Liverpool, 25. Novbr. [Getreidemarkt.] Sämmtliche Artikel stetig. — Wetter: Milde, schön.

Glasgow, 25. Nov. Noheisen. Mixed numbers warrants 105 Sh. — D. Amsterdam, 25. November. Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] Schlußbericht. Roggen pr. März 262, pr. Mai 251 1/2.

Antwerpen, 25. Novbr. Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen unverändert. Roggen behauptet. Riga 25 1/2. Hafer rar. Gerste gefragt, Donau 22 1/2.

Antwerpen, 25. Novbr. [Petroleummarkt.] (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco und pr. November 33 bez. u. Br., pr. December 33 1/2 bez., 33 Br., pr. Januar und pr. Februar-März 34 bez. u. Br. Rubig.

Bremen, 25. November. Petroleum. Standard white loco 14 Mt. bezahlt.

Wechsel-Course.			
Amsterdam 250 Fl.	10 T. 6 1/2	141 bz.	
do. do.	2 M. 6 1/2	139 1/2 bz.	
Augsburg 100 Fl.	2 M. 5	56 1/2 G.	
Frankfurt 100 Fl.	2 M. 4 1/2		
Leipzig 100 Thlr.	3 M. 6	99 1/2 G.	
London 1 Lst.	3 M. 8	62 1/2 bz.	
Paris 300 Frs.	10 T. 6	79 1/2 G.	
Petersburg 100 R.	3 M. 7 1/2	88 1/2 bz.	
Warschau 90 R.	8 T. 7 1/2	80 1/2 G.	
Wien 100 Fl.	8 T. 5	87 1/2 bz.	
do. do.	2 M. 5	87 1/2 bz.	

Fonds- und Geld-Course.			
Freiw. Staats-Anleihe 4 1/2	101 1/2 bz.		
Staats-Anl. 4 1/2	105 1/2 bz. G.		
do. consolid. 4 1/2	98 bz.		
do. 4 1/2	91 1/2 bz.		
Staats-Schuldenscheine 3 1/2	91 1/2 bz.		
Präm.-Anleihe v. 1855 3 1/2	119 1/2 bz.		
Berliner Stadt-Oblig. 4 1/2	101 1/2 bz.		
Berliner	100 1/2 bz.		
Pommersche	89 1/2 G.		
Schlesische	89 1/2 G.		
Kar. u. Neumark. 4 1/2	95 1/2 B.		
Pommersche	94 1/2 G.		
Possensche	94 1/2 bz. B.		
Preussische	95 1/2 bz.		
Westfal. u. Rhein. 4 1/2	96 1/2 bz.		
Sächsische	97 1/2 B.		
Schlesische	95 B.		
Badische Präm.-Anl. 4 1/2	109 1/2 bz. G.		
Badische 4 1/2 Anleihe 4 1/2	112 bz.		
Cöln-Mind. Präm. 3 1/2	92 1/2 bz. G.		

Eisenbahn-Stamm-Aktion.			
Divid. pro 1871	1872	Zf.	
Aachen-Mastricht. 1871	1	4	30 1/2 B.
Berg-Märkische. 7 1/2	6	4	105 1/2 bz.
Berlin-Anhalt. 1871	17	4	153 1/2 bz.
do. Dresden. 5	5	5	62 1/2 bz. G.
Berlin-Görlitz. 0	3 1/2	4	98 1/2 bz.
Berlin-Ham. 10 1/2	12	4	190 bz. G.
Berl. Nordbahn. 5	5	5	98 1/2 bz.
Berl.-Potsd. Magd. 11 1/2	13 1/2	4	154 bz. B.
Böhm. Westbahn. 8 1/2	8 1/2	5	95 1/2 bz.
Breslau-Freib. 9 1/2	7 1/2	4	98 1/2 bz. G.
do. neue. 5	5	5	94 B.
Cöln-Minden. 11 1/2	9 1/2	4	145 1/2 bz. G.
do. neue. 5	5	5	108 1/2 bz. G.
Cuxhav. Eisenb. 5	5	5	37 1/2 bz.
Dux-Bodenbach. 5	5	5	96 1/2 bz. G.
Gal.-Carl-Ludw. B. 8 1/2	7	4	40 bz.
Halle-Sora-Gub. 4	0	4	45 bz.
Hannover-Altenb. 5	5	5	68 1/2 bz.
Kasseler-Nordb. 5	5	5	68 1/2 bz. G.
Kronpr.-Rudolph. 5	5	5	186 1/2 bz.
Ludwigsh.-Böhm. 11 1/2	11	4	40 1/2 bz.
Märk.-Posener. 8 1/2	8 1/2	4	125 bz.
Magdeh.-Halberst. 8 1/2	8 1/2	4	125 bz. G.
Magdeh.-Leipzig. 16	14	4	256 1/2 bz. G.
do. Lit. B. 4	4	4	95 1/2 G.
Mainz-Ludwigsh. 11	11 1/2	4	150 1/2 bz.
Niedersch.-Märk. 4	4	4	96 1/2 bz.
Oberschl. A. u. C. 13 1/2	13 1/2	3 1/2	173 1/2 bz. G.
do. B.	13 1/2	3 1/2	162 bz.
do. D.	12	10	195 1/2 bz.
Oester.-Fr. St.-B. 5	5	5	113 1/2 bz. G.
Oest. Nordb. St.-B. 4	4	4	99 1/2 bz. G.
Oest. süd. St.-B. 4	4	4	32 1/2 bz. G.
Ostpreuss. Süd. 0	0	6	121 1/2 bz. G.
Rechte O.-U.-Bahn 3	6	4	63 1/2 bz.
Reichenberg-Pard. 4 1/2	4 1/2	4	138 1/2 bz. G.
Rheinische	10	9 1/2	26 bz.
Rhein-Nahe-Bahn 0	0	4	33 bz.
Rumän. Eisenb. 5 1/2	3 1/2	5	37 1/2 bz. G.
Schw. Westb. 2 1/2	4 1/2	4	100 1/2 B.
Stargard-Posener. 4 1/2	4 1/2	4	130 1/2 bz.
Thüringer	10	9	81 1/2 bz.
Warschau-Wien. 12	10	5	81 1/2 bz.

Hypothenken-Certifcate.			
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.-S.	—	—	—
Kündbr. do. (872) S.	101 bz.	5	104 bz. G.
do. rückbz. & 110 S.	97 bz. G.	5	36 bz.
do. do. do. 4 1/2 S.	101 bz. G.	5	20 bz.
Jnk.H.d.Pr.bd.-Crd.-B.s.	93 bz. G.	5	62 1/2 bz.
do. do. II. Em. 4 S.	93 bz. G.	5	66 1/2 bz.
Kündbr. Hyp.-Schuld. do.	90 bz.	5	76 bz. G.
Hyp.Anth.Nord-G.-C.B.S.	101 1/2 bz.	5	67 1/2 bz. G.
Pomm. Hypoth.-Briefe S.	98 3/4	3 1/2	102 1/2 bz. G.
3oth. Präm.-Pf. I. Em. S.	103 1/2	0	65 1/2 bz. G.
do. do. II. Em. S.	103 bz.	0	62 bz. G.
Meininger Präm.-Pfdb. 4	89 1/2 G.	0	14 bz. G.
Deut. Silberpandbr. 5	82 G.	5	123 bz.
do. do. Hyp. Crd. Pndbr. 6	66 B.	—	81 1/2 bz.
Kündb.d.Pr.-Hyp.-B. 4 1/2	100 bz. G.	—	48 1/2.
Pndbr.d.Oest.Bd.-Crd.-Gs. 5	86 B.	—	—
Süsd. Bod.-Cred.-Pfdb. 10	101 bz. G.	—	—
Wiener Silberpandbr. 5 1/2	101 bz. G.	—	—

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.				
Berlin-Görlitzer	5	5	5	104 bz. G.
Berlin, Nordbahn	—	5	5	36 bz.
Breslau Warschau	5	5	5	20 bz.
Halle-Sora-Gub.	5	0	5	62 1/2 bz.
Hannover-Altenb.	5	5	5	66 1/2 bz.
Kölnf. Falkenb.	2 1/2	5	5	76 bz. G.
Märkisch-Posener	1 1/2	0	5	67 1/2 bz. G.
Magdeh.-Halberst.	3 1/2	3 1/2	3 1/2	78 1/2 bz. G.
do. Lit. C.	5	5	5	102 1/2 bz. G.
Ostpr. Südbahn	0	0	6	65 1/2 bz. G.
Pomm. Centralb.	5	5	5	14 bz. G.
Rechte(O.-U.-Bahn	5	6	5	123 bz.
Rum. (400) Einz.	—	—	8	81 1/2 bz.
Saal-Bahn.	—	—	5	48 1/2.

Bank- und Industrie-Papiere.				
Anglo-DeutscheBk	—	7 1/2	5	62 bz.
Allg.Deut.Hand.G.	—	9 1/4	5	34 1/2 G.
Berliner Bank	15	14	4	65 bz.
Berl. Bankverein.	16	18	8	84 1/2 bz.
Berl. Kassen-Ver.	12 1/2	23 1/2	4	283 1/2 bz.
Berl. Handels-Ges.	12 1/2	14	11	100 bz.
Berl. Lomb.-Bank.	5 1/2	11 1/2	11	107 1/2 bz.
Bresl. Disc.-Bank.	13	10	6	68 bz.
Bresl. Makl.-Ver. B.	7	30	7	74 1/2 G.
Bresl. M. Ver. B.	12	7	8	88 1/2 G.
Br. Pr.-Wechsel-B.	12	12	4	55 1/2 bz. G.
Bresl. Wechselb.	12	12	4	57 bz. G.
Centralf. f. Genos.	12	14	6	64 G.
Coburg. Cred.-Bk.	10 1/2	7 1/2	7	74 1/2 bz.
Danziger Priv.-Bk.	7	7	11	113 G.
Darmst. Creditb.	15	15	14	148 1/2 bz.
Darmst. Zettelb.	8	7	10	103 bz.
Dessauer	fr.	fr.	fr.	fr.
Deutsche Bank.	8	8	8	81 1/2 bz. B.
Deutsche Unionb.	11 1/2	9 1/2	7	71 1/2 G.
Disc.-Com.-A.	24	24	16	163 1/2 bz.
Genosensb.-Bank.	10 1/2	10 1/2	10	107 bz.
do. junge.	10	10	10	101 1/2 bz.
Gw. Schuster u. C.	10 1/2	10	5	55 1/2 bz.
Görlitzer Ver.-Bk.	9 1/2	9 1/2	9	98 bz.
Goth. Grundcred. B.	12 1/2	13 1/2	14	144 bz.
Hamb. Nordb. Bk.	11 1/2	13 1/2	12	120 bz.
do. Vereins-B.	11 1/2	13 1/2	12	120 bz.
Hannov. do.	5 1/2	6 1/2	13	133 1/2 bz.
do. Disc.-Bk.	5 1/2	5 1/2	6	63 1/2 bz.
Hessische Bank.	11	8	7	73 1/2 bz.
Königsb. do.	11	8	4	4
Ldw. B. Kwiellek	14	15	5	50 G.
Leipz. Cred.-Bk.	12	15	14	143 bz.
Luxemburger do.	11	12	11	113 bz.
Magdeburger do.	5 1/2	5 1/2	10	105 G.
Meiningen do.	12	12	10	107 1/2 bz.
Moldauer Lds. Bk.	6	4	3	37 G.
Ndrschl. Cassenb.	12	15	14	14 B.
Nordr. Grundcred. B.	13 1/2	15	8	84 G.
Oberlausitzer Bk.	10 1/2	8 1/2	6	65 G.
Oest. Cred.-Actien	17 1/2	18 1/2	12	129 1/2 bz. G.
Oest. Cred.-Bank.	8 1/2	8 1/2	2	22 bz.
Ostdeutsche Bank.	6 1/2	6 1/2	10	104 B.
Ostf. Product.-Bk.	8 1/2	8 1/2	6	6 1/2 B.
Posener Bank.	6 1/2	6 1/2	18	187 1/2 bz.
Pos. Pr.-Wechsel-B.	12 1/2	13 1/2	11	116 1/2 bz.
Pr. Cred.-Act. B.	9 1/2	9 1/2	11	116 1/2 bz.
Pr. Credit-Act. B.	24	24	5	55 1/2 bz. G.
Prov. Wechsel-Bk.	10 1/2	7 1/2	5	58 1/2 G.
Sächs. B. 60 1/2 I.S.	10	12	14	143 1/2 bz.
Sächs. Cred.-Bank.	11	13	4	4
Schl. Centralbank.	13	13	4	4
Schl. Vereinsbank.	9	9	8	88 bz. G.
Thüringer Bank.	9	14	10	102 1/2 bz.
Ver.-Bk. Quistorf.	15	19	17	170 bz.
Weimar. Bank.	7	8	10	106 1/2 bz.
Wiener Unionb.	16 1/2	5	6	67 1/2 bz.
Bangess. Plessner.	11	14	7	76 bz.
Berl. Eisenb.-Bd. A.	10 1/2	11 1/2	14	142 etbz. G.
D. Eisenbahn-G.	0	0	3	39 bz. G.
do. Reichs-u.-Co. E.	7 1/2	7 1/2	9	93 1/2 bz. G.
Märk. Sch. Misch. G.	0	0	3	30 1/2 G.
Nordp. Papierfabr.	8 1/2	8	8	80 B.
Westend. Com.-G.	16	17	17	17 1/2 etbz. G.
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	12	16	—	—